

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: POR (Fachreferat) POR (Querschnitt)	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): P 5.21	Federführung: POR
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Betriebliches Gesundheitsmanagement und Great Place To Work		

1. Aufgabe

1.1 Beschreibung der Aufgabe:
Umsetzen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements in den Referaten und Eigenbetrieben

- Zusammenführen der Tätigkeiten des GPTW-Prozesses und Integrieren der Maßnahmen in den BGM-Prozess, Fortführen gestarteter Prozesse
- Evaluieren von Maßnahmen, die im GPTW-Prozess entstanden sind
- Implementieren und Weiterentwickeln des Betrieblichen Gesundheitsmanagements in den Referaten und Eigenbetrieben auf Grundlage der Dienstvereinbarung der Landeshauptstadt München zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement
- Koordinieren des Betrieblichen Gesundheitsmanagements auf Referats- bzw. Eigenbetriebsebene und/oder bei einzelnen Dienststellen
- Einsetzen und Anwenden von stadtweit einheitlichen Analysetools zur Beurteilung der Arbeitsbedingungen
- Erkennen und Ableiten von Handlungsbedarfen, Identifizieren von Schwachstellen, Ableiten von Maßnahmen
- Wahrnehmen von Aufgaben im gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz
 - Umsetzen des Arbeitsschutzgesetzes, insbesondere der Gefährdungsbeurteilung inkl. der psychischen Belastungsfaktoren, Delegation von Verantwortlichkeiten, Unterweisungen
 - Unterstützen der Führungskräfte bei der Durchführung der Psychischen Gefährdungsbeurteilung, z. B. im Zusammenhang mit der Bearbeitung der Checkliste "Stress"
 - Unterstützung bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen, die sich beispielsweise bei der Durchführung der Psychischen Gefährdungsbeurteilung ergeben
 - Dokumentieren und Evaluieren verschiedener Maßnahmen

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung:
Zum Aufgabenumgriff der neu zu schaffenden bzw. zu entfristenden Kapazitäten gehört auch das Wahrnehmen von Aufgaben im gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	--

Erläuterung:

Das Beurteilen von psychischen Belastungen am Arbeitsplatz ist seit 2013 im Arbeitsschutzgesetz verankert. Die Referate und Eigenbetriebe haben für diese Aufgabe bisher noch keine Kapazitäten bekommen.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 konsumtiv	
2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	33.350 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	200 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	200 €
2.2 investiv	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	1.185 €

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	Neuschaffung 0,5 VZÄ POR (Fachreferat)		3. QE, VD
	Nachrichtlich:Entfristung 1,0 VZÄ (Querschnitt)		3. QE, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Bemessungsgrundlage
<p>Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: Die genannten Kapazitäten wurden im Rahmen von GPTW für die Referate und Eigenbetriebe genehmigt. Da GPTW und BGM dieselbe Zielrichtung verfolgen, sollen die Stellen entfristet werden und die Aufgaben im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements wahrgenommen werden.</p>

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)
<p>5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung: keine</p>
<p>5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt: Die gesetzlichen Pflichtaufgaben aus dem Arbeitsschutzgesetz können nicht erfüllt werden.</p>

6. zusätzlicher Büroraumbedarf
<p>6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 1 Bedarf in qm: 11</p>
<p>6.2 Begründung/Berechnung: 0,5 VZÄ (Neuschaffung) wird unter Berücksichtigung eines Teilzeitfaktors mit 1 Person besetzt. Aus diesem Grund wird 1 Arbeitsplatz benötigt. Standard für 1 Arbeitsplatz sind 11 qm.</p>